

...dargestellt am Beispiel der Urheberschaft der Entspannungspolitik und Egon Bahrs Rolle im Vergleich zu jener von Willy Brandt. – In diesen Tagen jährt sich eine wichtige Tagung an der Evangelischen Akademie in Tutzing. Dort hatten Willy Brandt, damals Regierender Bürgermeister von Berlin, und Egon Bahr, sein Pressesprecher, jeweils eine Rede gehalten und damit die Entspannungspolitik in die öffentliche Debatte eingeführt. Auf dem *Blog der Republik* hat Alfons Pieper gestern darüber geschrieben: [„DISKUSSIONSBEITRAG WURDE ZUM PAUKENSCHLAG - VOR 60 JAHREN HIELT EGON BAHR SEINE TUTZINGER REDE: WANDEL DURCH ANNÄHERUNG“](#). Wenn man Überschrift und Text dieses Artikels liest, dann gewinnt man – wie auch bei anderen Einlassungen – den Eindruck, Egon Bahr sei der Erfinder der Entspannungspolitik. Er hat Großes dafür geleistet. Aber die Anfänge der neuen Überlegungen zur Ablösung des Kalten Krieges begannen schon Ende der Fünfzigerjahre, als Egon Bahr noch gar nicht Mitarbeiter von Willy Brandt war. Willy Brandt selbst spricht davon, dass ihm Egon Bahr in Tutzing die Schau gestohlen habe. **Albrecht Müller**.

Ich zitiere die einschlägige Passage aus „Willy Brandt: Erinnerungen“. Dort heißt es auf Seite 73:

„Im Juli 1963 machte Egon Bahr mit seiner Tutzinger Rede Furore, die vom „Wandel durch Annäherung“ handelte und in der er unsere gemeinsamen Überlegungen in – wie es seine Art ist – prägnanter Form zusammenfasste. Er hatte auf jener Tagung im Juli 1963 nach mir sprechen sollen, war aber noch am Vorabend zu Wort gekommen und stahl mir, wie das so gehen kann, die Schau.“

Im Anhang sind vier Seiten aus den „Erinnerungen“ Willy Brandts einschließlich der zitierten Passage wiedergegeben.

Die Geschichtsschreibung orientiert sich wenig an diesen Fakten. Je mehr Zeit vergeht, desto deutlicher wird, dass der 1992 verstorbene Willy Brandt die Geschichtsschreibung über seine Entspannungspolitik weniger bestimmt hat als der im Jahre 2015 verstorbene Egon Bahr.

Nicht nur im *Blog der Republik*, auch der einschlägige [Wikipedia-Beitrag über Egon Bahr](#) folgt der gängigen und weitgehend von Egon Bahr und seinen Freunden geprägten Aussage:

„Wandel durch Annäherung“ oder *„Wandel durch Handel“* ist ein politisches

Konzept, das in der [Bundesrepublik Deutschland](#) im [Kalten Krieg](#) im Zuge der „neuen [Ostpolitik](#)“ zum Tragen kam. Die Formulierung und auch die Erarbeitung gehen zurück auf den Leiter des Presse- und Informationsamtes des [Landes Berlin](#), den [SPD](#)-Politiker [Egon Bahr](#). Wandel durch Annäherung war die Grundlage für die [Entspannungspolitik](#) der seit 1969 regierenden [sozialliberalen Koalition](#) aus [SPD](#) und [FDP](#).

Die Leistungen von Egon Bahr sind unbestreitbar. Er hat wesentlich und als engster Mitarbeiter Willy Brandts am Konzept der neuen Ostpolitik mitgearbeitet. Er hat für die Umsetzung Wesentliches geleistet, Egon Bahr hat den Moskauer Vertrag und den Warschauer Vertrag, also die für die Umsetzung der Entspannungspolitik wichtigen Verträge in Bonn und in den einschlägigen Hauptstädten ausgehandelt. Und er hat auch als erster die Formel „Wandel durch Annäherung“ gebraucht. In der Summe sind das große politische Leistungen. Eigentlich hat Egon Bahr es nicht nötig, dass seine Rolle übertrieben wird.

Willy Brandt hat als Regierender Bürgermeister Ende der Fünfzigerjahre mit der konzeptionellen Arbeit begonnen. Er hat dann als Außenminister ab Dezember 1966, als Parteivorsitzender und als Bundeskanzler ab Oktober 1969 die Hauptlast der Umsetzung getragen. Ich konnte und kann die Leistung beider einigermaßen gut beurteilen. Ich war ab Dezember 1969 zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit der SPD und dann ab Februar 1973 Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt - am Anfang noch mit Egon Bahr als Bundesminister für besondere Angelegenheiten im Bundeskanzleramt -, habe die praktische Umsetzung der Ostpolitik erlebt, auch die ersten Schwierigkeiten 1973 und 74. Im Kontext dieser Arbeit habe ich sowohl mit Brandt als auch mit dem damaligen Chef des Bundeskanzleramtes, Horst Grabert, der die Anfänge der Ostpolitik Ende der Fünfzigerjahre in Berlin miterlebt hat, immer mal wieder über die Anfänge dieser für unser Land so wichtigen Politik gesprochen. Diese Erfahrungen sind - neben der Lektüre der „Erinnerungen“ von Willy Brandt - die Quelle der oben beschriebenen Einschätzung.

Anhang:

Seiten 72-75 der „Erinnerungen“ von Willy Brandt

**WILLY
BRANDT**
ERINNERUNGEN

**WILLY
BRANDT**
ERINNERUNGEN

P

und die seine und seiner Leute Ungeduld beflügelte. Washington erwartete mehr bundesdeutsche Flexibilität, dieser Eindruck wiederum prägte sich mir ein.

Kennedy kam nicht mehr dazu, mit der anderen nuklearen Weltmacht ernsthaft über die Zukunft Europas zu sprechen. Vermutlich war die Zeit auch noch nicht reif für einen großen Wurf. Für ein solches Unternehmen hätte es zudem eines hinreichend einflussreichen und kooperativen Partners bedurft. Immerhin bewirkte Kennedy – zumal durch die Art, in der die Kuba-Krise beigelegt wurde – eine partielle Entkrampfung im Verhältnis zu Moskau. Sie schlug sich schon 1963 im Teststopp-Abkommen nieder; Adenauer opponierte, weil auch die DDR zur Unterschrift eingeladen worden war.

In Charles de Gaulle, der die Welt von Europa aus dachte, hätte Kennedy einen schwierigen, aber angemessenen Partner finden können. Tatsächlich ärgerte er sich über den hochmütigen Franzosen und drängte Adenauer unverhältnismäßig, sich eindeutig zwischen Paris und Washington zu entscheiden. Dies war unverünftig und stand im Widerspruch zu der wiederholten Aufforderung, die Europäer sollten mehr Eigenverantwortung übernehmen. Aber dieser Widerspruch haftete der amerikanischen Politik auch in folgenden Jahren an.

Ich sagte dazu, Kennedy habe erklärt, daß die Vereinigten Staaten ihre Hoffnungen auf ein einiges und starkes Europa setzten, eines, das eine gemeinsame Sprache spreche und mit einem gemeinsamen Willen handle; in eine Weltmacht, die imstande sei, Probleme als vollgültiger und gleichberechtigter Partner anzupacken. »Das ist die weitestgehende Formulierung, die die amerikanische Europa-Politik jemals gefunden hat. Ich weiß um de Gaulles Gedanken, daß Europa nicht in eine Rolle kommen sollte, die es als Ganzes oder in seinen Teilen in ein Verhältnis minderen Ranges gegenüber den Vereinigten Staaten kommen läßt. Dieser Vorstellung wird das Wort von der Weltmacht Europa durchaus gerecht. So gesehen, gibt es auch keinen Raum für Sorgen, Deutschland könnte vor eine Wahl zwischen der Freundschaft mit Frankreich und der Freundschaft mit den Vereinigten Staaten gestellt sein.«

Der Mord an Kennedy war ein Unglück für die Welt. Die Gerüchte, die sich darum rankten, sind niemals ganz verstummt. Die

Justiz sah »keinen überzeugenden Beweis« für eine Verschwörung, doch ein Untersuchungsausschuß des Repräsentantenhauses war später gegenteiliger Ansicht. Fünf Jahre später fiel von Mörderhand der energiegeladene Präsidentenbruder Robert, der 1962 zu einem für uns und ihn wichtigen Besuch in Berlin gewesen war und dessen mutigen und vorausschauenden Kampf zumal für Rassengleichheit ich mit Respekt und Zuneigung verfolgt hatte. Von einer Präsidentschaft Robert Kennedys versprach ich mir viel, sehr viel.

Ich halte überhaupt nichts von dem billigen Spruch, daß niemand unersetzlich sei. Es ist im Politischen wie im Persönlichen: Den einen vermisst man mehr als den anderen.

Was aus Deutschland, was aus Europa werden sollte, hatte mich vor Kennedy beschäftigt und trieb mich nach Kennedy erst recht um. Im Juli 1963 machte Egon Bahr mit seiner Tutzingener Rede Furore, die von »Wandel durch Annäherung« handelte und in der er unsere gemeinsamen Überlegungen in – wie es seine Art ist – prägnanter Form zusammenfaßte. Er hatte auf jener Tagung im Juli 1963 nach mir sprechen sollen, war aber noch am Vorabend zu Wort gekommen und stahl mir, wie das so gehen kann, die Schau. Zum Ausgleich zog er einen Teil der mir zgedachten Kritik auf sich. Gegen die Formel selbst hatte ich Bedenken; sie konnte dem Mißverständnis Nahrung geben, als schwebte uns eine Annäherung an das kommunistische System vor. Das war seine Absicht nicht, und unserer freundschaftlichen Kooperation hat der Vorgang auch sonst keinen Abbruch getan.

Egon Bahr war nicht der einzige, aber der konzeptionell fähigste meiner Mitarbeiter in Berlin und im Übergang von Berlin nach Bonn. Er war ein angesehener Rundfunkjournalist in der Bundeshauptstadt, als ich ihn 1959 bat, Leiter des Presse- und Informationsamtes zu werden. Mit mir ist er ins Auswärtige Amt und ins Bundeskanzleramt gezogen, ist Bundesminister und Mitglied der engeren sozialdemokratischen Parteiführung geworden. Der Moskauer Vertrag vom Juni 1970 und die anschließenden Verträge mit der DDR wurden im wesentlichen von ihm ausgehandelt. Er ist als deutscher Patriot mit Sinn für internationale Verantwortung einen weiten Weg gegangen, und wir haben uns dabei nie aus den Augen verloren. Wenn und wo gesamteuropäische Zusammenarbeit vorkommt und

gesamteuropäische Sicherheit gestaltet wird, ist sein gedanklicher Beitrag unverkennbar. Vieles von dem, was ich ab 1960 und über 1980 hinaus geleistet und versucht habe, wäre ohne solche Zusammenarbeit nicht möglich gewesen. Es ist selten, daß Freundschaft die Belastungen des politischen Geschäfts über so viele Jahre hinweg überdauert.

Meine eigene Rede vor der Evangelischen Akademie Tutzing war nicht auf außenpolitische Erwägungen beschränkt, sie versuchte vielmehr eine kritische Gesamtwürdigung deutscher Politik. Dennoch lag mir an der auswärtigen Politik und ihren Möglichkeiten besonders. Ich knüpfte an Kennedy an und wünschte mir für den Westen: »Die gemeinsame Politik muß darauf ausgehen, die Sowjetunion zu der Einsicht zu bringen, daß ein Wandel in ihrem eigenen Interesse liegt.« Eine Stoßrichtung, wie vom amerikanischen Präsidenten vor der Freien Universität ausgeführt, erfordere, »daß wir unfruchtbare frühere Vorstellungen überprüfen und überwinden«. Der Streit, ob der Osten wirklich ein Sicherheitsbedürfnis habe oder nicht, erledige sich weitgehend, wenn man beginne und es gar gelinge, die gemeinsamen Sicherheitsinteressen zum Gegenstand von West-Ost-Vereinbarungen zu machen.

Eine solche Politik stand und fiel mit dem Vertrauen in die realen Gegebenheiten der westlichen Stärke und in die realen Gegebenheiten der westlichen Verpflichtungen: »Wir können vermutlich bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten, bis alle Kommunisten ihre ideologischen Ziele aufgeben. Aber es spricht viel dafür, daß die Enkel Chruschtschows sich möglicherweise noch Kommunisten nennen, aber in Wirklichkeit keine mehr sein werden.« Es mochte ja sein, daß es keine ideologische Koexistenz, sondern nur die ideologische Auseinandersetzung gebe. »Aber dazu muß man den Raum haben. Unsere Alternative zur Mauer ist die Fähigkeit zu dieser offenen und aktiven Auseinandersetzung und unsere ernste Bereitschaft, unseren Teil dazu beizutragen, daß der Friede gesichert wird.« Dazu gehörte, unabdingbar, westliche Geschlossenheit, im Sinne von Einheit in Vielfalt. Aber noch war die Weltmacht Europa Vision, und das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten mußte der Eckpfeiler deutscher Politik bleiben. Aber die Vision des amerikanischen Präsidenten und sein Angebot durften nicht wieder ohne eine angemessene Ant-

wort aus Europa bleiben. War es verwunderlich, daß ich vage formulierte, wo es sich um Westeuropa einerseits, den ganzen Kontinent andererseits handelte? »Wir wissen, daß der Weg weit ist, aber wir müssen ihn gehen wollen. Es ist in der Tat nicht zu früh, gesamteuropäisch zu denken. Die Intelligenz, der Fleiß und die Arbeitskraft Europas haben mit der Hilfe der Vereinigten Staaten eine neue Blüte gebracht. Die sachlichen und die objektiven Voraussetzungen sind vorhanden, daß Europa eine größere Rolle spielt, eine größere Verantwortung übernimmt und die amerikanische Bruderhand ergreift, die uns über den Atlantik entgegengestreckt wird.«

Ich sprach von einer erregenden Periode weltpolitischer Wandlungen, die neue Horizonte eröffne. Was man vor wenigen Jahren oder gar wenigen Monaten nur hatte ahnen können, bekam Kontur und rückte in greifbare Nähe. »Es ist sehr wohl vorstellbar, daß sich in den nun vor uns liegenden Jahren neue Konstellationen ergeben. Unser Europa hat nur die Chance, als Einheit eine Rolle zu spielen. Sonst wird es zwangsläufig zu einer Ansammlung weltpolitisch drittklassiger Gebilde absinken.« Ich prophezeite: »Jedenfalls hat es den Anschein, daß wir im Jahre 2000 weder auf ein amerikanisches noch auf ein sowjetisches Jahrhundert zurückblicken werden.«

In einer Denkschrift, die ich ein Jahr später, im August 1964, dem amerikanischen Außenminister Dean Rusk übermittelte und die im Januar 1965 veröffentlicht wurde, skizzierte ich künftige Beziehungen zu den Ländern Osteuropas und die Wirkungen des Gemeinsamen Marktes. Mein Ausgangspunkt: »In den Völkern zwischen Deutschland und Rußland ist ein gesamteuropäisches Bewußtsein lebendig geblieben oder wiedererwacht.«

Damit hatte ich auch deutlich gemacht, daß ich von einer überzogenen Totalitarismus-Theorie nichts hielt. Denn daß ein kommunistisches Regime nicht unwandelbar sei, hatte sich in der Zwischenzeit zumindest angedeutet. Mein Empfinden sagte mir, wo ein wenig Wandel Platz greife, könne eines Tages auch mehr eintreten. Überhaupt ging ich seit langem davon aus, daß immer alles im Fluß ist und nie etwas bleibt, wie es war, und unvorhersehbare Wechselwirkungen auch unvorhersehbare Ergebnisse zeitigen.

In Tutzing 1963 kritisierte ich, daß das offizielle Bonn einen Wettlauf gewinnen wolle und »immer am schnellsten und am entschei-